rigqualifizierter Tätigkeiten beruht. Ein auf das Senioritätsprinzip gegründetes Tarifsystem führt dort zur Ausgrenzung, wo keine Berufserfahrung vonnöten ist und unstete Beschäftigung um sich greift. Betriebsvereinbarungen nützen der bei Fremdfirmen angestellten Randbelegschaft nichts, während tarifliche Vereinbarungen bei den vielen außertariflich Eingestuften nicht mehr greifen und im übrigen durch den Abbau freiwilliger Unternehmensleistungen kompensiert werden können.

Für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich damit verstärkt die Aufgabe, die Segmentierung der Belegschaft zu überwinden und der Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses Einhalt zu gebieten. Will sie dem Anspruch auf Emanzipation *aller* abhängig Arbeitenden Geltung verschaffen, so muß ein Konzept verfolgt werden, das mit tarifvertraglich definierten Mindestbedingungen insbesondere die wachsende Schicht der unstet Beschäftigten und niedrig qualifizierten Randbelegschaften dem kollektiven Schutz unterstellt, die gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen und Flexibilisierungsstrategien besonders unterworfen sind. Betrieblich erfordert die Interessenvertretung dieser Belegschaftsgruppen eine Vorgehensweise, die das Ziel hat, die ausgegrenzte Randbelegschaft in das betriebliche Sozialsystem einzubinden und die die fortschreitende Scheidung von Kopf- und Handarbeit verhindert. Um mit dem dafür notwendigen Handlungskonzept zu überzeugen, ist die Kenntnis der tatsächlich unterschiedlichen und gemeinsamen Problemlagen der verschiedenen Beschäftigtengruppen unerläßlich.

Unerwartet starker Anstieg des Verteilungsspielraums

– Zur Entwicklung der Einkommen im Jahre 1986 –

Von Rudolf Welzmüller*)

1. Mehr verteilt als produziert!

Im Jahre 1986 hat der tatsächlich verfügbare Verteilungsspielraum wesentlich stärker zugenommen, als es aufgrund der inländischen Produktion vorgegeben war. Der Realwert der gesamten verfügbaren Einkommen stieg um 5,9 vH, während das Bruttosozialprodukt (in konstanten Preisen) um 2,5 vH wuchs. Diese Differenz erklärt sich im wesentlichen aus der starken Verbesserung der sogenannten Terms-of-Trade. Damit wird das Verhältnis von Ein- und Ausfuhrpreisen bezeichnet. 1986 hat sich dieses um 10,9 vH zugunsten der bundesdeutschen Wirtschaft verbessert. Während nämlich die Einfuhrpreise um 11,2 vH sanken, kam es bei den Ausfuhrpreisen zu einem vergleichsweise nur geringen Rückgang (– 1,6 vH). Das heißt, daß, vereinfacht gesprochen, beispielsweise dieselbe Menge Öl, die 1985 10 000 DM kostete, 1986 für 8 880 DM abgegeben wurde, aber dieselbe exportierte bundesdeutsche Maschine im Preis nur um 160 DM (falls sie 1985 10 000 DM gekostet hatte) sank. Per Saldo ergab sich also für die bundesdeutsche Wirtschaft ein unerwarteter und zusätzlicher Gewinn – im Beipiel 960 DM. Bezogen auf die wirklichen Warenströme des Im- und Exports verblieb den bundesdeutschen Unternehmen ein ganz erheblicher preisbedingter Extragewinn: Um rund 30 Mrd. DM[1]) („Terms-of-trade-Effekt") wurde der reale Verteilungsspielraum ausgeweitet – zu Lasten der „übrigen Welt", das heißt insbesondere der rohstoffliefernden Länder. Im Jahre 1985 war der Terms-of-Trade-Effekt noch negativ (– 17 Mrd. DM). Die enorm günstige Entwicklung (+ 10,9 vH) des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen schlägt, im historischen Vergleich gesehen, alle Rekorde. Nicht einmal während des Korea-Krieg-Booms (1952) – der ja mit einem Schlag das Exportniveau der damals jungen Bundesrepublik kräftig anhob – war die Entwicklung günstiger (die Terms-of-Trade stiegen damals um 10,6 vH)[2]).

Die durch den Terms-of-Trade-Effekt bedingten Extragewinne fielen zunächst bei den Unternehmen an. Es ist eine Frage der Preispolitik einerseits und der direkten verteilungs(lohn-)politischen Auseinandersetzung andererseits, die über die Weitergabe dieses volkswirtschaftlichen Wohlstandszuwachses an die abhängig Beschäftigten entscheidet. Die Preisentwicklung zeigt, daß ein Teil weitergegeben wurde – längst aber nicht alles. Da auch die Lohnabschlüsse den verbleibenden Spielraum nicht ausschöpften, kam es auch 1986 zu ungleichen Zuwachsraten der Einkommen von Unternehmen/Selbständigen einerseits und abhängig Beschäftigten andererseits. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen fast doppelt so stark wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Damit setzte sich auch der Rückgang der Lohnquote fort. Diese mißt den relativen Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Die für die Bewertung der Verteilungsentwicklung allein aussagekräftige bereinigte Lohnquote zeigt, daß 1986 in etwa der Wert des Jahres 1960 erreicht wurde. Gegenüber dem Jahre 1985 sank die Lohnquote um nahezu 1 Prozentpunkt auf 65,7 vH ab (vgl. Tabelle 1).

Gliederung

1. Mehr verteilt als produziert!
2. Arbeitseinkommen in den einzelnen Industriezweigen
3. Sparfähigkeit von Arbeitnehmerhaushalten hat abgenommen
4. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe
5. Nettogewinne stiegen seit 1980 um 65 vH

*) Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.

[1]) Vgl. *Lützel, H.*, Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, 2/1987, S. 121. Berechnet man den Terms-of-Trade-Effekt auf Basis des *Preisindex der Einfuhr* von Waren und Dienstleistungen, dann ergibt sich sogar ein Wert von 37,5 Mrd. DM. Vgl. ebenda.

[2]) Vgl. ebenda, a.a.O., S. 115.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1986 Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

— in vH —

Jahr	Bruttolohnquote[1])		Arbeitnehmerquote[3])
	tatsächlich	strukturbereinigt[2])	
1960	60,1	65,0	77,2
1965	65,3	67,3	80,9
1970	68,0	68,0	83,4
1975	73,1	71,5	85,3
1976	71,8	69,8	85,7
1977	72,7	69,8	86,2
1978	71,4	68,8	86,6
1979	71,5	68,5	87,0
1980	73,5	70,0	87,4
1981	74,4	70,8	87,5
1982	73,8	70,1	87,3
1983	71,6	68,7	87,1
1984[4])	70,5	67,5	87,1
1985	69,5	66,6	87,1
1986	68,6	65,7	87,3

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. — 2) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. — 3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. — 4) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, 3/1987. — Eigene Berechnungen.

Nun sagt die Lohnquote allerdings noch nichts bezüglich der Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen und vor allem bezüglich der Realeinkommen aus. Die Lohnquote kann fallen, gleichzeitig können die Reallöhne aber steigen. Dies war 1986 der Fall (vgl. Tabelle 2). Der durchschnittliche Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 3,8 vH führte wegen der Effekte der Steuerreform zu einem günstigeren Nettoeinkommenszuwachs (+ 4,2 vH). Bei gleichzeitig sinkendem Preisniveau (– 0,2 vH) erhöhte sich das kaufkräftige Arbeitseinkommen pro Kopf eines abhängig Beschäftigten um 4,4, vH. Nach sechs Jahren Netto-Reallohn-Verlust kam es nun zum kräftigsten Realeinkommenszuwachs seit Anfang der 70er Jahre (nur 1978 gab es ein annähernd vergleichbares Plus von 3,8 vH). – Allerdings ist damit der Verlust des Vorjahres noch nicht ausgeglichen: Das Reallohnniveau 1986 entspricht nun jenem von 1978.

Der vergleichsweise starke Reallohnanstieg (netto) verdankte sich nicht etwa einem Umverteilungserfolg. Die durchschnittlichen Tariferhöhungen (gesamte Wirtschaft) lagen mit 3,6 vH sogar unter dem durchschnittlichen Anstieg der effektiven Bruttoarbeitseinkommen (3,8 vH) – es gab also im Jahre 1986 eine *positive Lohndrift* (d. h. die Zuwächse der tatsächlich gezahlten Löhne/Gehälter waren stärker als die Tariferhöhungen). Dies läßt sich auch so interpretieren: Ein geringer Teil des unerwarteten und zusätzlichen Verteilungsspielraums wurde an die abhängig Beschäftigten weitergegeben, der größere Teil verblieb bei den Unternehmen und führte zu dem überdurchschnittlichen Gewinnzuwachs.

2. Arbeitseinkommen in den einzelnen Industriezweigen

In den Tabellen 3 bis 6 sind die Arbeitseinkommen der *vollzeitbeschäftigten* abhängig Erwerbstätigen aus

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen Tabelle 2

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn-/gehaltserhöhungen[1])	Preise[2]) (Veränderung)	Abzüge[3])			Durchschnittliche Arbeitseinkommen[4])				Reale Veränderung
						Brutto		Netto		
			Lohnsteuer	Sozialabgaben	Gesamte Abzüge	DM	Veränderung	DM	Veränderung	
	vH	vH	vH	vH	vH		vH		vH	vH
1980	6,7	+ 5,3	16,2	13,2	29,4	2500	+ 6,7	1764	+ 5,2	—0,1
1981	4,8	+ 6,3	16,2	13,5	29,7	2621	+ 4,9	1843	+ 4,5	—1,7
1982	4,1	+ 5,4	16,6	13,9	30,5	2729	+ 4,1	1897	+ 2,9	—2,4
1983	3,1	+ 3,2	17,0	14,1	31,1	2818	+ 3,2	1941	+ 2,3	—0,9
1984	3,3	+ 2,4	17,6	14,4	32,0	2901	+ 3,0	1974	+ 1,7	—0,7
1985	2,8	+ 2,1	18,2	14,7	32,9	2984	+ 2,9	2002	+ 1,5	—0,6
1986	3,6	—0,2	17,9	14,8	32,7	3098	+ 3,8	2086	+ 4,2	+ 4,4

1) Erhöhung ohne Einbeziehen der Zusatzleistungen. — 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen. — 3) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme. — 4) Brutto- bzw Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.

Quelle: WSI-Tarifarchiv. — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Januar 1987. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik, 3/1987.

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Arbeiter –
(Männer)

Tabelle 3

Industriezweig	DM-Beträge				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1]	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	3407	3537	2286	2380	+2,8	+3,8	−0,5	+4,3
Bergbau	3194	3281	2143	2208	+4,3	+2,7	+0,9	+3,2
Industrie der Steine und Erden	3007	3142	2018	2115	+0,9	+4,5	−2,4	+5,0
Eisen- und Stahlindustrie	3111	3111	2087	2094	+4,8	+0,0	+1,5	+0,5
darunter:								
Eisenschaffende Industrie	3154	3120	2116	2100	+5,5	−1,1	+2,1	−0,6
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3033	3124	2035	2102	+4,2	+3,0	+0,8	+3,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2985	3055	2003	2056	+4,4	+2,3	+1,1	+2,9
NE-Metallerzeugung und -gießerei	3068	3155	2059	2123	+2,2	+2,8	−1,1	+3,3
darunter:								
NE-Metallgießerei	2989	3089	2006	2079	+3,6	+3,3	+0,3	+3,8
Mineralölverarbeitung	3898	4028	2616	2711	+3,6	+3,3	+0,3	+3,8
Chem. Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	3285	3376	2204	2272	+2,9	+2,8	−0,5	+3,3
Chemiefaserindustrie	3142	3250	2108	2187	+2,1	+3,4	−1,2	+4,0
Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie	2729	2829	1831	1904	+1,5	+3,7	−1,8	+4,2
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugende Industrie	3263	3333	2189	2243	+1,1	+2,1	−2,2	+2,7
Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie	3016	3129	2024	2106	+3,4	+3,7	+0,1	+4,3
Stahl- und Leichtmetallbau	3255	3368	2184	2267	+5,0	+3,5	+1,7	+4,0
Maschinenbau (ohne Herst. von Büromaschinen)	3137	3237	2105	2179	+5,2	+3,2	+1,9	+3,7
Straßenfahrzeugbau	3311	3411	2222	2296	+2,6	+3,0	−0,7	+3,5
darunter:								
Kraftwagen- und Kraftradindustrie	3446	3550	2312	2389	+2,6	+3,0	−0,7	+3,5
Schiffbau	3224	3215	2163	2164	+8,8	−0,3	+5,3	+0,2
Luftfahrzeugbau	3202	3350	2149	2255	+4,5	+4,6	+1,2	+5,1
Elektrotechnische Industrie	2920	3007	1959	2024	+3,4	+3,0	+0,1	+3,5
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	2850	2992	1912	2014	+4,3	+5,0	+0,9	+5,5
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	2868	2963	1924	1994	+3,3	+3,3	−0,1	+3,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2929	3033	1965	2041	+2,1	+3,6	−1,1	+4,1
Feinkeramische Industrie	2590	2659	1738	1790	+1,4	+2,7	−1,9	+3,2
Glasindustrie	2990	3072	2006	2067	+1,8	+2,7	−1,5	+3,3
Holzverarbeitende Industrie	2833	2955	1901	1989	+2,0	+4,3	−1,3	+4,8
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie	2633	2764	1767	1860	+3,6	+5,0	+0,3	+5,5
Papier- und Pappeverarbeitende Industrie	2829	2911	1898	1959	+2,7	+2,9	−0,6	+3,4
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	3359	3441	2254	2316	+1,3	+2,4	−1,9	+2,9
Kunststoffverarbeitende Industrie	2824	2920	1895	1965	+2,7	+3,4	−0,6	+3,9
Ledererzeugende Industrie	2685	2746	1802	1848	+2,1	+2,3	−1,1	+2,8
Lederverarbeitende Industrie	2420	2472	1624	1664	+3,1	+2,1	−0,2	+2,6
Schuhindustrie	2464	2520	1653	1696	+3,5	+2,3	+0,1	+2,8
Textilindustrie	2668	2759	1790	1857	+3,0	+3,4	−0,3	+3,9
Bekleidungsindustrie	2568	2677	1723	1802	+2,8	+4,2	−0,5	+4,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3020	3116	2026	2097	+2,1	+3,2	−1,2	+3,7
Hoch- und Tiefbau	2924	3046	1962	2050	+1,2	+4,2	−2,1	+4,7
Industrie (insgesamt)[2]	3063	3168	2055	2132	+3,1	+3,4	−0,3	+4,0

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Arbeiter –
(Frauen)

Tabelle 4

Industriezweig	DM-Beträge				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1]	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	2494	2598	1673	1748	+3,8	+4,2	+0,4	+4,7
Bergbau								
Industrie der Steine und Erden	2294	2368	1539	1594	+2,5	+3,2	−0,8	+3,8
Eisen- und Stahlindustrie	2303	2359	1545	1588	+3,3	+2,4	+0,0	+3,0
darunter:								
Eisenschaffende Industrie	2237	2286	1501	1538	+4,6	+2,2	+1,3	+2,7
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2390	2451	1604	1650	+4,0	+2,6	+0,6	+3,0
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2285	2359	1533	1588	+1,5	+3,2	−1,7	+3,8
NE-Metallerzeugung und -gießerei	2242	2316	1504	1559	+3,4	+3,3	+0,1	+3,8
darunter:								
NE-Metallgießerei	2173	2233	1458	1503	+3,8	+2,8	+0,4	+3,3
Mineralölverarbeitung	2746	2837	1843	1909	+5,0	+3,3	+1,6	+3,8
Chem. Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	2355	2446	1580	1646	+3,6	+3,9	+0,3	+4,4
Chemiefaserindustrie	2403	2546	1612	1713	+2,8	+6,0	−0,6	+6,5
Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie	2107	2160	1414	1454	+2,3	+2,5	−1,0	+3,0
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugende Industrie	2186	2251	1467	1515	+3,1	+3,0	−0,2	+3,5
Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie	2325	2394	1560	1611	+3,7	+3,0	+0,4	+3,5
Stahl- und Leichtmetallbau	2268	2346	1522	1579	+4,2	+3,4	+0,8	+3,9
Maschinenbau (ohne Herst. von Büromaschinen)	2290	2359	1537	1588	+4,6	+3,0	+1,2	+3,5
Straßenfahrzeugbau	2646	2729	1775	1837	+3,4	+3,1	+0,1	+3,7
darunter:								
Kraftwagen- und Kraftradindustrie	2968	3050	1992	2053	+2,6	+2,8	−0,7	+3,3
Schiffbau	2372	2412	1592	1623	+7,9	+1,7	+4,4	+2,2
Luftfahrzeugbau	2359	2477	1583	1667	+4,2	+5,0	+0,9	+5,5
Elektrotechnische Industrie	2186	2260	1467	1521	+3,5	+3,4	+0,2	+3,9
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	2199	2273	1467	1530	+3,3	+3,4	−0,1	+4,5
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	2116	2186	1420	1471	+3,3	+3,3	+0,3	+3,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2333	2433	1565	1637	+2,1	+4,3	−1,2	+4,8
Feinkeramische Industrie	2029	2086	1361	1404	+3,3	+2,8	+0,0	+3,4
Glasindustrie	2047	2090	1374	1407	+2,8	+2,1	−0,4	+2,6
Holzverarbeitende Industrie	2138	2216	1435	1491	+2,9	+3,6	−0,3	+4,1
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie	1981	2064	1329	1389	+3,9	+4,2	+0,5	+4,7
Papier- und Pappeverarbeitende Industrie	1947	2012	1306	1354	+3,5	+3,3	+0,2	+3,9
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2351	2442	1578	1643	+3,6	+3,9	+0,3	+4,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	2016	2081	1353	1401	+3,6	+3,2	+0,2	+3,7
Ledererzeugende Industrie	2016	2068	1353	1392	+2,2	+2,6	−1,1	+3,1
Lederverarbeitende Industrie	1773	1821	1190	1226	+5,2	+2,7	+1,8	+3,2
Schuhindustrie	1951	2007	1309	1351	+4,2	+2,9	+0,8	+3,4
Textilindustrie	2029	2103	1361	1415	+3,5	+3,6	+0,2	+4,2
Bekleidungsindustrie	1899	1973	1274	1328	+3,8	+3,9	+0,5	+4,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1968	2042	1321	1374	+2,7	+3,8	−0,6	+4,2
Hoch- und Tiefbau								
Industrie (insgesamt)[2]	2147	2229	1441	1500	+3,6	+3,8	+0,2	+4,3

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie

– Angestellte –
(Männer)

Tabelle 5

Industriezweig	DM-Beträge				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1]	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	4317	4487	2897	3020	+3,6	+3,9	+0,3	+4,4
Bergbau	4989	5115	3348	3442	+4,9	+2,5	+1,6	+3,0
Industrie der Steine und Erden	4213	4366	2827	2938	+2,8	+3,6	−0,5	+4,1
Eisen- und Stahlindustrie	4458	4574	2991	3078	+5,0	+2,6	+1,6	+3,1
darunter:								
Eisenschaffende Industrie	4501	4613	3020	3105	+5,2	+2,5	+1,8	+3,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	4345	4468	2915	3007	+5,2	+2,8	+1,8	+3,4
Ziehereien und Kaltwalzwerke	4335	4482	2909	3016	+3,7	+3,4	+0,3	+3,9
NE-Metallerzeugung und -gießerei	4475	4651	3003	3130	+4,1	+3,9	+0,8	+4,4
darunter:								
NE-Metallgießerei	4363	4508	2928	3034	+4,7	+3,3	+1,4	+3,8
Mineralölverarbeitung	5631	5902	3778	3972	+4,3	+4,8	+1,0	+5,3
Chem. Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	4668	4891	3132	3292	+4,2	+4,8	+0,8	+5,3
Chemiefaserindustrie	4711	4890	3161	3291	+4,2	+3,8	+0,9	+4,3
Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie	3908	4066	2622	2736	+2,9	+4,0	−0,5	+4,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugende Industrie	4843	5068	3250	3411	+4,2	+4,6	+0,8	+5,2
Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie	4326	4542	2903	3057	+4,9	+5,0	+1,5	+5,5
Stahl- und Leichtmetallbau	4614	4801	3096	3231	+4,6	+4,1	+1,2	+4,6
Maschinenbau (ohne Herst. von Büromaschinen)	4509	4684	3026	3152	+5,0	+3,9	+1,6	+4,4
Straßenfahrzeugbau	4987	5110	3346	3439	+3,8	+2,5	+0,5	+3,0
darunter:								
Kraftwagen- und Kraftradindustrie	5268	5369	3535	3613	+3,8	+1,9	+0,5	+2,4
Schiffbau	4288	4327	2877	2912	+6,1	+0,9	+2,7	+1,4
Luftfahrzeugbau	4788	4998	3213	3364	+6,9	+4,4	+3,4	+4,9
Elektrotechnische Industrie	4651	4825	3121	3247	+4,6	+3,7	+1,2	+4,3
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	4257	4425	2856	2978	+3,8	+3,9	+0,5	+4,5
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	4255	4401	2855	2962	+3,7	+3,4	+0,3	+4,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	5208	5322	3495	3582	+3,2	+2,2	−0,1	+2,7
Feinkeramische Industrie	3704	3814	2485	2567	+1,8	+3,0	−1,4	+3,5
Glasindustrie	4174	4258	2801	2866	+3,5	+2,0	+0,2	+2,5
Holzverarbeitende Industrie	3986	4127	2675	2777	+2,5	+3,5	−0,7	+4,0
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie	3966	4139	2661	2786	+3,5	+4,4	+0,2	+4,9
Papier- und Pappeverarbeitende Industrie	4174	4321	2801	2908	+3,9	+3,5	+0,5	+4,0
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	4449	4578	2985	3081	+3,3	+2,9	+0,0	+3,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	4242	4398	2846	2960	+3,9	+3,7	+0,6	+4,2
Ledererzeugende Industrie	4047	4159	2716	2799	+3,5	+2,8	+0,2	+3,3
Lederverarbeitende Industrie	3703	3748	2485	2522	+4,3	+1,2	+1,0	+1,7
Schuhindustrie	3692	3842	2477	2586	+3,6	+4,1	+0,3	+4,6
Textilindustrie	3914	4054	2626	2728	+3,8	+3,6	+0,5	+4,1
Bekleidungsindustrie	3831	3970	2571	2672	+3,7	+3,6	+0,3	+4,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4105	4257	2754	2865	+3,3	+3,7	+0,0	+4,2
Hoch- und Tiefbau	4503	4680	3022	3150	+1,9	+3,9	−1,4	+4,4
Großhandel	3644	3792	2445	2552	+3,0	+4,1	−0,3	+4,6
Einzelhandel	3144	3225	2110	2170	+2,7	+2,6	−0,6	+3,1
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	3748	3916	2515	2635	+4,5	+4,5	+1,1	+5,0
Versicherungsgewerbe	4106	4217	2755	2838	+5,1	+2,7	+1,8	+3,2
Industrie (insgesamt)[2]	4156	4322	2789	2909	+3,0	+4,0	+0,7	+4,5

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie

– Angestellte –
(Frauen)

Tabelle 6

Industriezweig	DM-Beträge				Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1]	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	3087	3200	2071	2154	+3,7	+3,7	+0,4	+4,2
Bergbau	3192	3307	2142	2226	+4,2	+3,6	+0,7	+4,1
Industrie der Steine und Erden	2846	2952	1910	1987	+3,2	+3,7	−0,1	+4,2
Eisen- und Stahlindustrie	2900	2983	1946	2008	+3,6	+2,9	+0,3	+3,4
darunter:								
Eisenschaffende Industrie	2928	3019	1965	2032	+3,5	+3,1	+0,1	+3,6
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2794	2879	1875	1938	+4,1	+3,0	+0,8	+3,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2878	2944	1931	1981	+3,5	+2,3	+0,1	+2,8
NE-Metallerzeugung und -gießerei	3000	3102	2013	2088	+3,6	+3,4	+0,3	+3,9
darunter:								
NE-Metallgießerei	2831	2913	1900	1960	+3,8	+2,9	+0,5	+3,4
Mineralölverarbeitung	3970	4107	2664	2764	+4,4	+3,5	+1,1	+4,0
Chem. Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	3352	3500	2249	2356	+3,9	+4,4	+0,6	+4,9
Chemiefaserindustrie	3333	3425	2236	2305	+3,2	+2,8	−0,1	+3,3
Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie	2498	2544	1676	1712	+2,4	+1,8	−0,9	+2,4
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugende Industrie	3069	3184	2059	2143	+3,8	+3,7	+0,4	+4,3
Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie	3011	3136	2020	2111	+4,0	+4,2	+0,7	+4,7
Stahl- und Leichtmetallbau	2950	3042	1979	2047	+3,7	+3,1	+0,3	+3,7
Maschinenbau (ohne Herst. von Büromaschinen)	2900	2996	1946	2016	+3,8	+3,3	+0,5	+3,8
Straßenfahrzeugbau	3286	3382	2205	2276	+3,6	+2,9	+0,3	+3,4
darunter:								
Kraftwagen- und Kraftradindustrie	3495	3587	2345	2414	+3,3	+2,6	+0,0	+3,2
Schiffbau	2720	2763	1825	1859	+3,9	+1,6	+0,6	+2,1
Luftfahrzeugbau	3173	3335	2129	2244	+5,5	+5,1	+2,1	+5,6
Elektrotechnische Industrie	3091	3200	2074	2154	+3,9	+3,5	+0,6	+4,0
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	2901	3001	1974	2020	+3,5	+3,4	+0,2	+2,5
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	2787	2871	1870	1932	+3,7	+3,0	+0,4	+3,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3502	3665	2350	2467	+5,5	+4,7	+2,1	+5,2
Feinkeramische Industrie	2618	2702	1757	1818	+3,0	+3,2	−0,3	+3,7
Glasindustrie	2737	2814	1837	1894	+3,3	+2,8	+0,0	+3,3
Holzverarbeitende Industrie	2511	2613	1685	1759	+2,7	+4,1	−0,6	+4,6
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie	2622	2749	1759	1850	+4,0	+4,8	+0,7	+5,4
Papier- und Pappeverarbeitende Industrie	2688	2782	1804	1872	+3,9	+3,5	+0,5	+4,0
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2957	3038	1984	2045	+3,9	+2,7	+0,6	+3,3
Kunststoffverarbeitende Industrie	2763	2853	1854	1920	+3,6	+3,3	+0,3	+3,8
Ledererzeugende Industrie	2669	2730	1791	1837	+4,5	+2,3	+1,2	+2,8
Lederverarbeitende Industrie	2397	2466	1608	1660	+2,4	+2,9	−0,9	+3,4
Schuhindustrie	2350	2465	1577	1659	+3,1	+4,9	−0,2	+5,4
Textilindustrie	2672	2790	1793	1878	+3,3	+4,4	−0,1	+4,9
Bekleidungsindustrie	2702	2790	1813	1878	+3,7	+3,3	+0,4	+3,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2853	2959	1914	1991	+3,2	+3,7	−0,1	+4,3
Hoch- und Tiefbau	2759	2862	1851	1926	+1,3	+3,7	−2,0	+4,3
Großhandel	2509	2591	1684	1744	+3,4	+3,3	+0,1	+3,8
Einzelhandel	2098	2172	1408	1462	+3,3	+3,5	+0,0	+4,0
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	2902	3032	1947	2041	+4,4	+4,5	+1,0	+5,0
Versicherungsgewerbe	3173	3268	2129	2199	+5,3	+3,0	+2,0	+3,5
Industrie (insgesamt)[2]	2648	2764	1777	1860	+4,1	+4,4	+0,8	+4,9

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Industrie und Handel erfaßt[3]). Die Daten zeigen, daß die Gehälter der Angestellten etwas stärker als die Löhne der Arbeiter stiegen. Weibliche Angestellte bezogen 1986 durchschnittlich 4,9 vH mehr Gehalt als 1985 (Arbeiterinnen: 4,3 vH); männliche Angestellte steigerten ihr reales Arbeitseinkommen um 4,5 vH (Arbeiter: 4,0 vH). Der Anteil eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes am durchschnittlichen Gehalt eines Angestellten ist damit leicht gefallen; 1986 erhielt ein Arbeiter etwa 67,5 vH des Gehalts eines männlichen Angestellten, eine Arbeiterin 71,7 vH des Gehalts einer weiblichen Angestellten. Diese leichte Verschiebung zuungunsten der Arbeiter erklärt sich vor allem aus der stärkeren Arbeitszeitschwankung: Bei den männlichen Arbeitern sank die bezahlte Wochenarbeitszeit um 0,4 vH, bei Arbeiterinnen um 0,5 vH. Die Entwicklung der bezahlten Arbeitszeit erklärt auch die besonders stark abweichenden Realeinkommensdaten von Schiffbau, Eisenschaffende Industrie und Chemiefaserindustrie.

Die Einkommensunterschiede innerhalb der jeweiligen Beschäftigtengruppen haben sich nur geringfügig verändert. Im Durchschnitt weichen die obersten Einkommen der männlichen Arbeiter um 24 vH (das waren 1986 DM 647) von den untersten ab; bei den Arbeiterinnen beträgt diese Differenz 13,5 vH oder rund 290 DM. Zwischen dem obersten Lohneinkommen eines Arbeiters und dem untersten einer Arbeiterin klafft eine Lücke von 1 173 DM (gemessen am unteren durchschnittlichen Frauenlohn sind dies 54 vH). In der betrieblichen Realität sind diese Differenzen jedoch noch ausgeprägter. In der amtlichen Statistik werden nämlich die tatsächlich sehr differenzierten Eingruppierungsstufen zu wenigen Gruppen zusammengefaßt. Dies ist auch bei Angestellten so. Dort zeigen aber schon die amtlichen Daten eine recht beträchtliche Differenzierung der Gehälter. Innerhalb der Gruppe der männlichen Angestellten weichen die obersten und untersten Gehaltsgruppierungen um 113 vH (bezogen auf die untere Gruppe) von einander ab. Das entspricht einem Betrag von rund 2 940 DM. Zwischen den Gehältern von weiblichen Angestellten ist die (relative) Kluft noch etwas stärker; sie macht 115 vH aus (oder DM 2 460). Sowohl bei den Männer- als auch bei den Fraueneinkommen haben sich diese Unterschiede erhöht. Die Differenz zwischen oberstem Männergehalt und unterstem Frauengehalt lag 1986 bei 3 410 DM oder 160 vH (industrieller Durchschnitt) – auch diese Relation hat sich leicht erhöht.

Regionales Einkommensgefälle gewachsen

Regionale Besonderheiten der wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Situation beeinflussen auch das jeweilige Pro-Kopf-Einkommen. Beschäftigte, die zwar in derselben Branche, aber in unterschiedlichen Regionen tätig sind, erhalten teils deutlich differierende Einkommen[4]) (vgl. Tabelle 7). Im Kredit- und Versicherungsbereich beziehen beispielsweise die Beschäftigten in Hessen rund 885 DM mehr als jene aus Schleswig-Holstein; im Niedriglohnbereich „Handel" beträgt die Differenz zwischen dem Höchst- und Niedrigsteinkommens-Land 860 DM (Hamburg einerseits, Niedersachsen andererseits). Insgesamt läßt sich erkennen, daß die Rangfolge der Brancheneinkommen sich auch auf regionaler Ebene spiegelt. Allerdings zeigt sich, daß in Hochlohnregionen auch die Niedriglohnbranchen ein überdurchschnittliches Einkommensniveau ausweisen. Das heißt, in Hochlohnländern sind selbst traditionelle Niedriglohnsektoren in der Lage, ein höheres Einkommen zu bezahlen.

Im Verlauf der Jahre von 1976 bis 1984 haben sich die regionalen Einkommensunterschiede tendenziell erhöht. Dies ist eines der Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten Studie aus dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung[5]). Auf der Basis eines sehr differenzierten Datenmaterials wird gezeigt, daß die relativen Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der einzelnen Regionen wesentlich größer sind, „als es bisherige Ergebnisse zur regionalen Lohnstruktur vermuten lassen"[6]). Die Tendenz zu wachsenden regionalen Einkommensdifferenzen wird auch bei der Unterscheidung nach Beschäftigungsarten und -gruppen bestätigt: Sowohl bei Teilzeit- als auch bei Vollzeitbeschäftigten, aber auch bei Männern einerseits und Frauen andererseits wachsen die Einkommensdifferenzen in regionaler Sicht[7]).

[3]) Diese Tabellen wurden von *Christiane Ochs* und *Rudolf Görlich* im WSI erstellt.

[4]) Es handelt sich hier um Arbeitseinkommen durchschnittlich beschäftigter Arbeitnehmer. Enthalten sind sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte.

Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer (Inland) je Bundesland und Wirtschaftsbereich — 1984 — **Tabelle 7**

	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	NRW	Hessen	Rheinl.-Pfalz	Baden-Württ.	Bayern	Saarland	Berlin	BRD
Land- und Forstwirtschaft	2335	2970	2420	3537	2396	2355	2170	2138	2302	1981	2206	2321
Energie, Wasserversorgung, Bergbau	3341	4369	3555	4521	3651	3591	3648	4028	3560	3870	3949	3693
Verarbeitendes Gewerbe	2884	3608	3126	3259	3247	3215	3116	3192	2936	3097	3140	3148
Baugewerbe	2634	3474	2402	3010	2655	2735	2605	2808	2761	2647	3129	2718
Handel	2435	3259	2408	2975	2683	2825	2519	2696	2631	2411	2594	2675
Verkehr, Nachrichtenübermittlungen	2784	3508	2735	3394	2951	3102	2802	2922	2799	2919	2901	2956
Dienstleistungsunternehmen	2112	2959	2144	2571	2646	2845	2153	2437	2403	2277	2715	2519
— Kreditinstitute/Versicherungen	3266	4002	3304	3911	3648	4150	3329	3339	3476	3689	4020	3606
— Sonstige Dienstleist. (einschl. Wohnungsvermietung)	1791	2580	1766	2163	2318	2315	1737	2107	1936	1818	2479	2138
Staat, Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	2841	3257	2855	3032	3050	3052	2785	2927	2808	2940	3137	2949
— Staat	2877	3319	2905	3080	3188	3095	2929	3077	2999	3151	3246	3066
— Private Haushalte etc.	2558	2942	2573	2926	2569	2842	2153	2215	1861	2013	2627	2415
Insgesamt	2650	3262	2727	3031	2993	3005	2777	2939	2774	2884	2972	2902

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Vorläufiger Bericht. Berechnungsstand Oktober 1986, vgl. Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 15, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985, Stuttgart 1986.

3. Sparfähigkeit von Arbeitnehmerhaushalten hat abgenommen

Die Unterschiede zwischen den Haushaltseinkommen[8]) einzelner sozialer Gruppen sind auch 1985 (jüngste verfügbare Daten) differenziert verlaufen (vgl. Tabelle 8). Während die Selbständigenhaushalte (ohne Land- und Forstwirtschaft)[9]) einen realen Einkommenszuwachs von 5,4 vH verzeichneten, sank das kaufkräftige Einkommen von Arbeiterhaushalten um rund ein halbes Prozent. Die Beamtenhaushalte – deren Einkommen deutlich über jenen von Arbeiterhaushalten liegt – hatten Einkommenstagnation hinzunehmen. Lediglich bei den Angestelltenhaushalten wuchsen die real verfügbaren Einkommen um 1,7 vH. Insgesamt stieg der Abstand zwischen dem Einkommen der Selbständigen einerseits und jenem von Arbeitnehmerhaushalten andererseits an.

Um die jeweiligen Einkommensniveaus interpretieren zu können, muß die Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen bedacht werden. In Arbeiterhaushalten sind statistisch gesehen 3,1 Personen zu versorgen, in Angestelltenhaushalten 2,7 und in Beamtenhaushalten 3 Personen. In den Selbständigenhaushalten (ohne Land- und Forstwirtschaft) leben im Durchschnitt 3,1 Personen[10]). Das relativ niedrige Haushaltseinkommen von Arbeiterhaushalten wird – statistisch gesehen – von 1,6 Erwerbspersonen erwirtschaftet (Angestellte und Beamte: 1,5) Arbeiterhaushalte erbringen also einen größeren Arbeitskräfteeinsatz und verbleiben gleichwohl auf unterem Niveau der Haushaltseinkommen.

Die realen Einkommenseinbußen der Arbeitnehmerhaushalte[11]) schlagen sich offensichtlich auch in deren Sparfähigkeit nieder (vgl. Tabelle 9). 1975 sparten Arbeitnehmer rund 12,5 vH ihres verfügbaren Einkommens; bis Anfang der 80er Jahre pendelte die Sparquote um die 10 vH-Marke; seit 1983 fiel sie deutlich ab und erreichte 1985 noch 7,8 vH. Arbeitslosenhaushalte

[5]) *Koller, M.*, Zur regionalen Lohnstruktur, in: MittAB 1/1987.

[6]) Ebenda.

[7]) Ebenda.

[8]) Bei den Haushaltseinkommen werden sämtliche Einkommensarten – Arbeitseinkommen, Zinseinkünfte, Mieterträge, öffentliche Sozialleistungen etc. – der in einer Einkommens- und Verbrauchsgemeinschaft („Haushalt") allein- oder zusammenlebender (n) Person (en) erfaßt. Steuern und Sozialabgaben sind abgezogen, so daß es sich um Nettowerte („verfügbares Einkommen") handelt.

[9]) Nicht in den Selbständigeneinkommen enthalten sind die nichtentnommenen Gewinne.

[10]) Vgl. *Schüler, K.*, Private Haushalte nach sozioökonomischen Merkmalen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Allgemeines Statistisches Archiv 4/1983, S. 391.

[11]) Vgl. auch *Welzmüller, R.*, Konjunktureller Aufschwung festigt die Einkommensumverteilung, in: WSI-Mitteilungen 7/1986, Tabelle 7, S. 463.

Verfügbares[1]) Haushaltseinkommen einzelner sozialer Gruppen **Tabelle 8**

Jahr	Selbständige (ohne Land-/Forstwirtschaft, Fischerei)			Arbeiter[2])			Angestellte[2])			Beamte		
	DM	Veränderung (vH) Nominal	Real[3])	DM	Veränderung (vH) Nominal	Real[3])	DM	Veränderung (vH) Nominal	Real[3])	DM	Veränderung (vH) Nominal	Real[3])
1983	9776	.	.	3038	.	.	3883	.	.	4321	.	.
1984	10941	+ 11,9	+ 9,4	3126	+ 2,9	+ 0,5	3985	+ 2,6	—0,2	4394	+ 1,7	—0,7
1985	11806	+ 7,9	+ 5,4	3180	+ 1,7	—0,4	4137	+ 3,8	+ 1,7	4483	+ 2,0	—0,1

1) Darunter ist die Summe sämtlicher zufließender Einkommen (also neben Arbeitseinkommen auch jenes aus Vermögen, Unternehmertätigkeit, Vermietung etc. und einschließlich der sozialen Transferleistungen, wie etwa Wohngeld etc.) abzüglich der Steuern und Abgaben (Sozialbeiträge) zu verstehen. — 2) Einschließlich Haushalte von Arbeitslosen. — 3) Inflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts mit höherem Einkommen (so bei Selbständigen) bzw. mit mittlerem Einkommen (so bei den Arbeitnehmerhaushalten).

Quelle: DIW, Berlin.

Sparquote Privater Haushalte Tabelle 9

Jahr	Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens[1]				
	Privat-Haushalte insgesamt	Selbständigen-Haushalte	Arbeitnehmer-Haushalte	Arbeitslosen-Haushalte	Rentner- und Pensionärs-Haushalte
1970	13,5	24,8	10,3	2,1	10,6
1971	13,1	22,2	10,7	1,8	10,9
1972	13,9	26,1	11,1	0,6	10,3
1973	13,3	24,3	11,1	2,0	9,8
1974	13,9	24,3	12,3	3,9	10,1
1975	14,5	26,3	12,6	3,6	10,5
1976	12,5	25,7	10,0	– 0,6	8,7
1977	11,3	23,6	9,0	– 2,6	8,2
1978	11,1	22,5	9,7	– 3,4	7,3
1979	11,7	24,4	10,0	– 4,1	7,0
1980	11,8	25,0	10,0	– 5,2	7,0
1981	12,4	26,3	10,5	– 4,8	7,2
1982	11,8	26,3	9,5	– 6,2	6,9
1983	10,2	24,4	8,0	– 7,9	5,3
1984	10,5	25,5	7,9	– 9,6	5,1
1985	10,5	25,4	7,8	– 12,1	5,1

1) Im verfügbaren Einkommen sind sämtliche dem Haushalt zufließende Einkommen (Arbeitseinkommen, Zinseinkünfte, Sozialeinkommen etc.) zusammengefaßt, die Steuern und Abgaben abgezogen.

Quelle: DIW, Berlin, Wochenbericht 44/86, 30. Okt. 1986.

müssen seit 1976 – in steigendem Maße – ihre früher angesammelten Ersparnisse auflösen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Gut 12 vH des verfügbaren Einkommens eines Arbeitslosenhaushalts stammten mittlerweile aus dieser Quelle. Insgesamt zeigt sich, daß die Unterschiede zwischen den Sparquoten der einzelnen sozialen Gruppen größer geworden sind. Die Sparquoten differieren natürlich auch noch innerhalb der jeweiligen sozialen Gruppen in Abhängigkeit vom Einkommen.

Die Entwicklung der Sparquoten von Arbeitnehmerhaushalten deutet darauf hin, daß sich trotz des seit 1970 gewachsenen verfügbaren Einkommens wenig daran geändert hat, daß der weit überwiegende Teil (eben rund 92 vH) für die laufende Lebenshaltung benötigt wird. Zu ähnlichen Ergebnissen wie das DIW kommt *Schüler*. Die von ihm aufbereiteten Daten zeigen, daß der Anteil des Konsums am gesamten verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten im Zeitraum von 1972 bis 1984 von 88,9 vH auf 92,2 vH gestiegen ist[12]). Vermutungen und Theorien, die von einer stetig steigenden Sparfähigkeit auch der Arbeitnehmer ausgehen und daraus beispielsweise ableiten, daß die einzelnen Arbeitnehmer ihre Risikovorsorge durch individuelle Vermögensbildung organisieren können, werden von der realen Entwicklung nicht gedeckt.

4. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe

Das durchschnittliche monatliche Einkommen eines Arbeitslosenhaushalts betrug 1985 rund 16 vH eines Selbständigenhaushaltes bzw. 42 vH eines Arbeitnehmerhaushalts; 1975 lautete die entsprechende Relation 29 vH bzw. 60 vH[13]).

Verfügbares Einkommen eines Arbeitslosenhaushaltes Tabelle 10
— monatlich —

Jahr	Gesamt DM	Je Haushaltsangehörigen DM
1981	1783	707
1982	1762	701
1983	1770	710
1984	1720	696
1985	1667	683

Quelle: DIW, Berlin, Wochenbericht 44/86. Berechnungen des WSI.

Das Einkommen von Arbeitslosenhaushalten hat sich seit 1981 nicht nur real (nach Berücksichtigung der Preissteigerung), sondern sogar schon nominal verringert (s. Tabelle 10). Von allen registrierten Arbeitslosen haben immer weniger einen Anspruch nach dem AFG (entweder Arbeitslosengeld oder -hilfe): Der Anteil der Leistungsempfänger an allen registrierten Arbeitslosen betrug 1986 nur noch 62,9 vH (vgl. Tabelle 11); d. h. mehr als ein Drittel geht leer aus und wird auf ihre Familien bzw. auf die Sozialhilfe verwiesen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat 1985 mit 2,808 Millionen Personen einen Höhepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht (Tabelle 12). Der größte Teil – 1985 waren es 2,059 Millionen – ist auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Gegenüber 1980 stieg die Empfängerzahl dieser Gruppe um rund 56 vH – auch 1986 dürfte die Betroffenenzahl um mehr als 10 vH angestiegen sein.

[12]) Vgl. *Schüler, K.*, Einkommensverwendung nach Haushaltsgruppen, Allgemeines Statistisches Archiv 2/1986, S. 204 ff., hier: S. 220.

[13]) Vgl. DIW-Wochenbericht 44/86, S. 561.

Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen Tabelle 11

Jahr	Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) Tsd.	Leistungsempfänger		
		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Gesamt
		Anteil in vH		
1980	889	51,1	13,7	64,8
1981	1272	54,5	13,3	68,1
1982	1833	50,5	15,9	66,4
1983	2258	44,9	21,5	66,4
1984	2266	37,9	26,4	64,3
1985	2304	36,3	26,8	63,1
1986	2228	35,9	27,0	62,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Berechnungen des WSI.

Für diesen steilen Anstieg der Empfängerzahl von Hilfen zum Lebensunterhalt ist die langandauernde Arbeitslosigkeit und die Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung der entscheidende Grund. Berücksichtigt man die Stille Reserve von rund 1,2 Mill. (Personen, die zwar nicht als arbeitslos registriert sind, da sie sich nicht zuletzt wegen der Ausgrenzung vom Leistungsbezug beim Arbeitsamt nicht (mehr) melden, aber dennoch Arbeit suchen), so erhielten 1986 rund 2 Mill. Arbeitslose keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Besonders betroffen von dieser Ausgrenzung sind die ohnehin benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die unter ungünstigen Bedingungen arbeiten und leben müssen, nämlich Frauen, Jugendliche, Ausländer, Schwerbehinderte und Arbeitslose ohne Berufsausbildung. 25 vH aller Haushalte, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, geben den Verlust des Arbeitsplatzes als Hauptursache für den Gang zum Sozialamt an. Damit hat sich die Zahl dieser *Haushalte* (1985: 309 000) gegenüber 1980 auf das 3,8fache erhöht.

Parallel zum Prozeß der schleichenden Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung verläuft die Verschiebung

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug Tabelle 12

Jahr	Zahl der Sozialhilfeempfänger (Einzelpersonen)	davon: Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen)	davon: Arbeitsplatzverlust als Hauptursache des Sozialhilfebezugs	Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt mit angerechneten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung[1])
	Tsd.	Tsd.	vH	vH
1980	2144	1322	9,8	9,2
1982	2320	1560	16,4	12,5
1983	2437	1726	19,3	14,3
1984	2570	1838	22,6	16,7
1985	2808	2059	25,0	17,8

1) Bezugsbasis sind hier die Haushalte inner- und außerhalb von Einrichtungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Sozialhilfestatistik. Wirtschaft und Statistik 2/987.

Arbeitslosengeld und -hilfe Tabelle 13
— Monatsdurchschnitt in DM —

Jahr	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
1980	886	577
1981	948	767
1982	975	793
1983	959	801
1984	937	800
1985	951	801
1986	980	816

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

zwischen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe: Während die Quote der Arbeitslosengeldempfänger an allen registrierten Arbeitslosen absinkt und 1986 gerade noch 35,9 vH ausmacht (1980: 51,1 vH), steigt die Quote der Arbeitslosenhilfeempfänger auf 27,0 vH (1980: 13,7 vH).

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld betrug 1986 DM 980, die durchschnittlich ausbezahlte Arbeitslosenhilfe lag bei 816 DM (Tabelle 13). Trotz einiger, 1986 wirksam gewordener Leistungsverbesserungen – besser gesagt: teilweiser Rücknahme früherer Verschlechterungen – ist das durchschnittliche nominale Niveau des Arbeitslosengeldes gegenüber 1982 nur wenig angehoben worden. Real gerechnet bzw. in Relation zum sonstigen allgemeinen Einkommenszuwachs gesehen, fie-

Schichtung der Arbeitslosengeldempfänger nach Einkommensgruppen Tabelle 14
— Ende Februar 1987 —

Arbeitslosengeld — monatlich — (DM)	Männer		Frauen	
	mit Kind[1])	ohne Kind[2])	mit Kind[1])	ohne Kind[2])
0 — 100	—	—	—	—
100 — 200	—	—	—	0,1
200 — 300	—	1,1	2,0	3,2
300 — 400	0,1	1,1	6,4	8,0
400 — 500	0,1	4,1	15,8	11,8
500 — 600	0,4	2,2	15,9	12,4
600 — 700	0,6	3,1	14,5	15,8
700 — 800	1,3	4,2	14,8	10,9
800 — 900	2,2	11,6	8,9	12,6
900 — 1 000	5,2	18,6	5,6	9,8
1 000 — 1 100	10,3	22,9	5,7	6,8
1 100 — 1 200	21,9	12,4	4,4	3,6
1 200 — 1 300	19,7	7,1	2,4	2,1
1 300 — 1 400	15,7	3,0	1,5	1,1
1 400 — 1 500	5,4	2,3	0,8	0,7
1 500 — 1 600	3,4	1,7	0,5	0,4
1 600 — 1 700	3,5	1,3	0,3	0,4
1 700 — 1 800	1,8	0,8	0,2	0,1
1 800 — 1 900	2,1	0,6	0,2	—
1 900 — 2 000	1,0	0,5	0,1	—
2 000 — 2 100	1,2	0,1	—	—
2 100 — 2 200	0,9	1,4	—	—
2 200 — 2 300	0,5	—	—	—
2 300 — 2 400	2,6	—	—	—

1) Unterstützungssatz beträgt 68 vH des Nettoeinkommens. — 2) Unterstützungssatz beträgt 63 vH des Nettoeinkommens.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis interner Daten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

len die Arbeitsloseneinkommen zurück (vgl. obige Daten zum Haushaltseinkommen). Eine Analyse der Schichtung des Leistungsentgelts Arbeitsloser läßt erkennen (vgl. Tabelle 14), daß Ende Februar 1987 rund 46 vH aller männlichen Arbeitslosengeldempfänger (ohne Kind) und rund 85 vH aller Arbeitslosengeldbezieherinnen (ohne Kind) weniger als 1 000 DM bezogen.

5. Nettogewinne stiegen seit 1980 um 65 vH

Die Gewinnsituation der Unternehmen ist „besser als seit langer Zeit" – so auch die Bundesbank in ihrem Monatsbericht von Februar[14]). Im Jahre 1986 wurde der Zuwachs der Bruttoeinkommen (8,8 vH) vom Anstieg der *Netto*einkommen (10,5 vH) noch übertroffen (Tabelle 15). Die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen ging also zurück. Im einzelnen hängt dies insbesondere mit der rückläufigen Körperschaftsteuer (– 2,7 vH) und der nur um 2,8 vH gestiegenen veranlagten Einkommensteuer zusammen. Bei der Körperschaftsteuer dürfte die Entwicklung mit den in den Vorjahren zeitnäher gestalteten Steuervorauszahlungen, die nun im Jahre 1986 zu geringeren Abschlußzahlungen führten, zu tun haben[15]). Die nur schwach gestiegene veranlagte Einkommensteuer erklärt sich zu einem gewissen Teil aus den stark gewachsenen Steuerrückzahlungen (darunter auch jene der Arbeitnehmer), die buchungstechnisch bei den Unternehmensteuern berücksichtigt werden.

Innerhalb der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchsen 1986 die Vermögenseinkommen wegen des Zinsrückgangs geringer. Das bedeutet, daß die Gewinne aus der auf die Produktion von Waren gerichteten Unternehmertätigkeit 1986 noch kräftiger stiegen als ausgewiesen ist. In den hier vorgelegten korrigierten Bruttoeinkommensdaten sind die (geschätzten) Vermögenseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte genausowenig enthalten wie die Einkommen aus der Wohnungsvermietung, der Land- und Forstwirtschaft und des Staates. Hinzugerechnet wurden jedoch die Zinsen auf Konsumentenschulden. Auf diese Weise ergibt sich eine Gewinngröße, die annäherungsweise gut die Ertragssituation des gesamten industriellen und Handelssektors repräsentiert.

Tabelle 15
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	Korrigiertes Bruttoeinkommen[1])		Korrigiertes Nettoeinkommen[2])	
	Mill. DM	Veränderung vH	Mill. DM	Veränderung vH
1980	268 020	+ 0,9	267 750	+ 2,0
1981	271 350	+ 1,2	277 450	+ 3,6
1982	280 230	+ 3,3	292 630	+ 5,5
1983	330 860	+ 18,1	341 780	+ 16,8
1984	357 470	+ 8,0	372 410	+ 9,0
1985	395 000	+ 10,5	400 650	+ 7,6
1986	429 600	+ 8,8	442 670	+ 10,5

1) Errechnet aus Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, abzüglich: Unternehmens-/Vermögenseinkommen des Staates, Einkommen aus Wohnungsvermietung, Einkommen aus Land-/Forstwirtschaft, Vermögenseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte, zuzüglich: Zinsen auf Konsumentenschulden. — 2) Errechnet aus Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, abzüglich: Nettoeinkommen des Staates, zuzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1 und Wirtschaft und Statistik 3/1987. — Eigene Berechnungen des WSI.

Die hervorragende Gewinnsituation der Unternehmen hält nun schon seit 1983 an. Insgesamt konnten die Unternehmer im Verlauf der Jahre seit 1980 ihre Gewinne um brutto 60 vH und netto 65 vH steigern.

Gleichzeitig mit dem starken Gewinnzuwachs der vergangenen Jahre kam es im Bereich der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) zu einem leichten Rückgang bzw. zur Stagnation des (Anlage-)Kapitaleinsatzes je produzierter Produkteinheit (sogenannter Kapitalkoeffizient)[16]). Aus dieser Entwicklung läßt sich ableiten, daß die durchschnittliche Profitrate der Unternehmen – also das Verhältnis von Gewinn zu vorgeschossenem Kapital – gestiegen ist[17]).

[14]) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 39. Jg., Nr. 2, 1987, S. 8.

[15]) Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986, WiSta 3/1987, S. 185.

[16]) Vgl. ebenda, Tabelle 4, S. 171.

[17]) Auf der Basis der Daten des VGR errechnet sich die Profitrate aus dem Verhältnis von Gewinnquote zu Kapitalkoeffizient. Die Gewinnquote sei definiert als

$\frac{G}{Y}$ (G = Gewinne; Y = Bruttoinlandsprodukt), der Kapitalkoeffizient als

$\frac{K}{Y}$ (K = Anlagekapital).

Aus $\frac{G}{Y} : \frac{K}{Y}$ folgt G : K, also die Verzinsung des eingesetzten (Anlage-)Kapitals.

Anmerkungen zum Neuberechnungskonzept des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Von Hartmut Tofaute*)

1. Anlaß und Ziel dieses Beitrags

Das Statistische Bundesamt hat im Mai 1986 die Konzeption einer Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den VGR vorgestellt[1]). Der wesentliche Grund für diese Initiative lag in der gegenwärtigen Verbuchungsweise der Steuererstattungen an bzw. Steuernachzahlungen durch Arbeitnehmer, insbesondere nach Einkommensteuerveranlagungen, in den VGR: Da die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer gemäß § 46 EStG wegen zu hoher vorausgegangener Lohnsteuereinbehaltungen regelmäßig vom Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer abgezogen werden, werden nach vielfach vertretener Auffassung[2]) in den VGR die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer *im Niveau* zu hoch und die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit Einkommensteuer zu niedrig ausgewiesen.

Lösungen zur Bereinigung dieser seit langem bekannten Problematik wurden bisher nicht gefunden. Die in diesem Zusammenhang zu bewältigenden Schwierigkeiten[3]) sind allerdings auch nicht gering, denn zwischen den kassenmäßigen Einnahmen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer liegen zahlreiche Überschneidungen steuerrechtlicher und veranlagungstechnischer Art vor. Ein großer Teil der Steuererstattungen an Arbeitnehmer, die im Veranlagungsverfahren festgestellt werden, resultiert aus der Geltendmachung von Sonderabschreibungen nach § 7 b EStG. Diese Erstattungsbeträge beziehen sich nicht auf die Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, sondern auf die aus Vermietung und Verpachtung. Entsprechende Kombinationen dieser Art lassen sich auch, wenngleich nicht in dieser Häufigkeit, mit anderen Einkunftsarten finden. Zum Beispiel kann eine Steuerrückerstattung auch durch die Anrechnung von Körperschaft- oder Kapitalertragsteuern erfolgen. Zuordnungsprobleme tauchen regelmäßig auch dann auf, wenn Ehepartner gemeinsam veranlagt werden, von denen der eine Arbeitnehmer und der andere selbständiger Unternehmer ist usw.

Statistiken, die eine eindeutige Zuordnung der Steuererstattungen und -nachzahlungen zu den verschiedenen Einkunftsarten erlauben, gibt es – bisher – nicht. Das von dem Mitarbeiter beim Statistischen Bundesamt, *Klaus Schüler*, maßgeblich entwickelte Neuberechnungskonzept, soll den in der gegenwärtigen VGR-Systematik enthaltenen Mangel bei der Ausweisung der Nettoeinkommen beheben. Wann dieses Konzept zum ersten Mal praktiziert werden wird, ist noch nicht bekannt. Da man dem Vernehmen nach erst das Ergebnis der Volkszählung 1987 abwarten möchte, könnte dieser Einführungszeitpunkt das Jahr 1990 sein.

Die nachfolgenden Ausführungen verfolgen den Zweck, dieses neue Berechnungskonzept in seinen Grundzügen vorzustellen sowie die dabei verwendeten Rechenschritte und Restriktionen hinsichtlich ihrer Konformität, Plausibilität und Praktikabilität zu überprüfen. Den Schluß dieses Beitrags bilden dann die Beschreibung und Bewertung der verteilungsstatistischen Ergebnisse der beabsichtigten Revision.

Gliederung

1. **Anlaß und Ziel dieses Beitrags**
2. **Zur Darstellung und Lösung der Steuerzurechnungsproblematik bei unterschiedlichen Einkunftsarten**
   - *2.1 Die Problematik bei ausschließlich positiven Einkünften*
   - *2.2 Die Problematik bei Vorliegen von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung*
3. **Zur Umsetzung des einzelwirtschaftlichen Lösungsansatzes auf die gesamtwirtschaftliche Ebene**
4. **Ergebnisse der Korrekturen der Steuerzurechnung auf Nettoeinkommen, Steueraufkommen und Steuerquoten**
5. **Zusammenfassende Bewertung: Nettoeinkommensausweis in den VGR bleibt problematisch**
6. **Weitere Einwände gegen den verteilungspolitischen Aussagewert der VGR–Daten**

*) Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.

[1]) Vgl. *Schüler, K.*, Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik 5/1986, S. 329 – 345.

[2]) Vgl. hierzu z. B. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Jahresgutachten 1984/85, Textziffer 233, Bundestagsdrucksache 10/2541 sowie den Steuerbelastungsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/5266, S. 4. Diese Problematik schlägt sich auch in anderen Bereichen der Steuerstatistik nieder. So fällt es z. B. dem Bundesfinanzministerium (BMF) nach eigenen Angaben zunehmend schwerer, u. a. wegen dieser Überschneidung von Lohnsteuer und Einkommensteuern das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer autonom zu schätzen, vgl. z. B. *BMF*, Überlegungen zur Schätzung des Aufkommens nach Steuerarten, in: Finanzbericht 1987, S. 81.

[3]) Diese Schwierigkeiten hatten das Statistische Bundesamt dazu veranlaßt, auf die ursprünglich verfolgte Absicht, bereits im Rahmen der Revision der VGR im Jahr 1985 die Berechnung der Nettoeinkommensarten im Sinner der geschilderten Problematik zu lösen, zu verzichten. Statt dessen beschloß man, zunächst einmal in einem grundlegenden Aufsatz ein Zurechnungskonzept der Steuern zu den einzelnen Einkommensarten zu entwickeln und die Möglichkeiten seiner rechentechnischen Umsetzung aufzuzeigen, vgl. *Statistisches Bundesamt*, Erläuterungen zum Inhalt und Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Volkwirtschaftliche Gesamtrechnungen 1984, Fachserie 18, Reihe 1, 1984, S. 28.